

Volkswirtschaft

Panorama

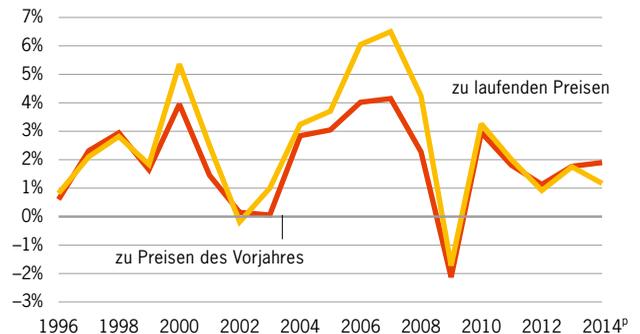
Das Ende der 1990er-Jahre: wirtschaftlicher Aufschwung und Wachstum des Finanzsektors

Ende der 1990er-Jahre erlebte die Wirtschaft einen kräftigen Aufschwung. Aufgrund der tiefen Inflationsraten konnte die SNB ihre Geldpolitik lockern. Impulse erhielt die Schweizer Wirtschaft besonders im Exportbereich, da das Exportvolumen aufgrund des gesunkenen Aussenwerts des Franks ausgedehnt werden konnte. Diese Phase war geprägt vom starken Wachstum des Finanzsektors. Der Anteil der Banken und Versicherungen am Bruttoinlandprodukt (BIP) stieg von 8,5% im Jahr 1995 auf 12,7% im Jahr 2000, während jener der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (inkl. produzierender Haushalte) kontinuierlich zurückging (von 76,2% im Jahr 1995 auf 71,4% im Jahr 2000).

Zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum seit Mitte der 1990er-Jahre hat neben dem Finanz- und Versicherungssektor auch das Engagement von Schweizer Unternehmen im Ausland beigetragen. Der Arbeitsmarkt erholte sich aber erst 1998, als

Bruttoinlandprodukt: jährliche Veränderung in %

G 4.1



sich auch die Lage der arbeitsintensiveren nicht finanziellen Unternehmen deutlich besserte.

Leichte Erholung der inländischen Endnachfrage und starkes Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen

Gegen Ende der 1990er-Jahre war bei der inländischen Endnachfrage, die rund 60% des BIP ausmachte, eine leichte Erholung zu verzeichnen. Im Jahr 1998 wurde mit einer Zunahme von 4% ein Höchstwert erreicht (wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungen zu Preisen des Vorjahres). Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen zwischen 1995 und 2000 markant zu – in erster Linie dank günstiger Importe. Die Bauinvestitionen dagegen gingen zurück und erlitten einen Preiszerfall.

Moderate Entwicklung des BIP pro Einwohner/in

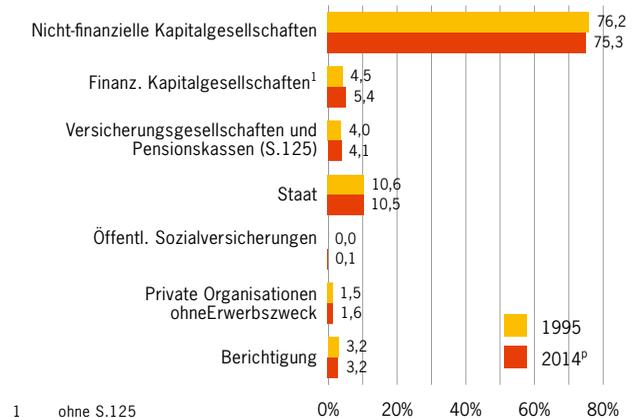
Das BIP pro Einwohnerin und Einwohner, das häufig als Indikator für den Lebensstandard eines Landes verwendet wird, lässt sich in zwei Hauptkomponenten zerlegen: die Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden und den Effekt der Verwendung der Arbeitskräfte. Während die Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden die Effizienz misst, mit welcher der Faktor Arbeit in der Wirtschaft eingesetzt wird, drückt der Effekt der Verwendung der Arbeitskräfte die Intensität aus.

Grafik G 4.4 zeigt die Entwicklung des BIP pro Einwohnerin und Einwohner sowie die beiden erwähnten Hauptkomponenten von 1995 bis 2014. Während dieser Periode weist die Schweiz eine durchschnittliche jährliche Veränderungsrate des BIP pro Einwohnerin und Einwohner von +1,2% auf. Dieses Wachstum ist hauptsächlich auf den positiven Einfluss der Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden (+1,2%) zurückzuführen, denn der Effekt

Bruttowertschöpfung diverser Sektoren

G 4.2

In % des BIP



der Verwendung der Arbeitskräfte blieb unverändert (0,0%). In der Schweiz wird der Effekt der Verwendung der Arbeitskräfte durch die durchschnittliche Arbeitszeit, die Arbeitslosenrate sowie die Erwerbsquote der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bestimmt.

Die Entwicklung ab 2000

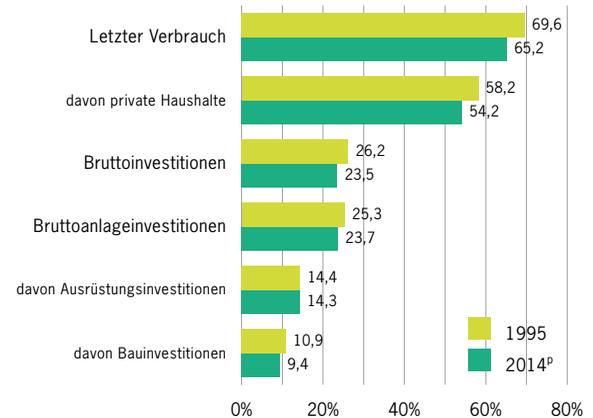
Nach markanter Steigerung im Jahr 2000 verlangsamte sich das Wachstum in den folgenden drei Jahren in unerwartetem Mass. 2002 und 2003 stagnierte das BIP – eine Entwicklung, die nicht zuletzt auf den Rückgang bestimmter Dienstleistungen und – auf der Ausgabenseite – auf den Einbruch der Ausgaben der Haushalte für den Endkonsum sowie der Ausrüstungsinvestitionen zurückzuführen ist.

Zwischen 2004 und 2010 befand sich die Schweizer Wirtschaft auf einem florierenden Wachstumspfad, mit einem einzigen Stillstand im Jahr 2009. Das BIP wuchs 2004 um 2,8%. Dieses Wachstum findet seine Gründe erstens in der Inlandnachfrage, die nach zwei Jahren der Stagnation wieder anstieg, und zweitens im Aussenbeitrag, der seit 2002 gewachsen war. Das kräftige Wachstum des BIP setzte sich 2005 mit einer Zunahme um 3% fort. Dieses positive Ergebnis ist im Wesentlichen auf die anhaltend starke Inlandnachfrage und insbesondere auf die Investitionen zurückzuführen. Die Jahre 2006 und 2007 erreichten dann ein aussergewöhnliches Wachstum von 4% bzw. 4,1%. Bei diesen Wachstumsraten handelte es sich um die höchsten des Zeitraums 1995–2014. Zurückzuführen waren sie insbesondere auf die ausgezeichneten Ergebnisse der finanziellen Kapitalgesellschaften und der exportierenden Firmen. Die inländische Endnachfrage verzeichnete in diesen beiden Jahren jedoch nur ein moderates Wachstum. Im Jahr 2008 begann die Finanzkri-

Konsumausgaben und Investitionen

G 4.3

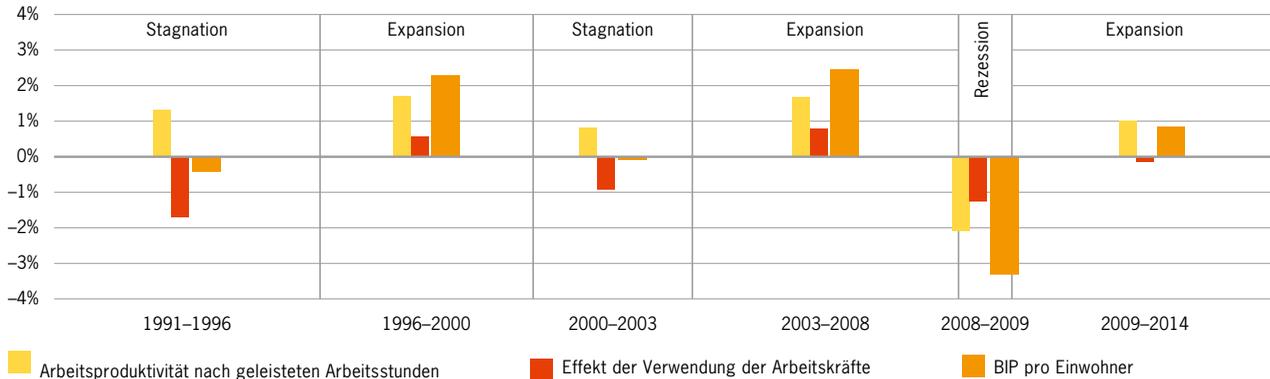
In % des BIP, zu laufenden Preisen



Zerlegung der Wachstumsrate des BIP pro Einwohner

G 4.4

Mittlere jährliche Wachstumsraten



se, sich auf die Realwirtschaft auszuwirken¹. Die Schwierigkeiten des Bankensektors drückten auf das Wachstum, das noch 2,3% erreichte, wobei auch der Rest der Wirtschaft nach zwei Jahren starken Wachstums gegen Jahresende eine leichte Abschwächung zeigte. Auf der Nachfrageseite wurde der Anstieg der Konsumausgaben gebremst, und die Ausrüstungsinvestitionen brachen plötzlich ein. Diese Verlangsamung verschärfte sich 2009, und die Schweizer Wirtschaft verzeichnete eine markante Abnahme des BIP um 2,1%. Während die Exportbranchen unter der Verschlechterung der Weltwirtschaft litten, waren bei den Fi-

¹ Weitere Informationen: Bundesamt für Statistik (BFS), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2008: Finanzkrise und divergierende Ergebnisse. Neuchâtel 2009.

nanzinstituten die Auswirkungen der Finanzkrise noch stärker zu spüren. Derweil der Anstieg der Konsumausgaben positiv blieb und die Bauinvestitionen auf den Wachstumspfad zurückkehrten, war bei den Ausrüstungsinvestitionen und beim Aussenhandel ein starker Einbruch zu beobachten.

2010 erholte sich die Wirtschaft, und das BIP wuchs um 3,0%. Diese Zunahme ist hauptsächlich mit dem Wiederaufschwung der Ausrüstungsinvestitionen und dem Beitrag des Aussenhandels zu erklären. Nach zwei Jahren starken Rückgangs ihrer Wertschöpfung verbuchten die Banken wieder ein sehr leichtes Wachstum.

Zwischen 2011 und 2014 legte die Schweizer Wirtschaft trotz des infolge der Finanzkrise von 2008 schwierigen internationalen

Umfelds zu. Das Wachstum war jedoch geringer und blieb unter 2%. 2011 wurde das BIP-Wachstum von 1,8% durch den Finanzsektor verlangsamt, der sich in einem schwierigen Umfeld befand. Demgegenüber verzeichneten bestimmte Industriebranchen einen kräftigen Anstieg. Die Investitionen nahmen erneut markant zu – insbesondere auch dank den tiefen Zinssätzen –, während der Beitrag des Aussenhandels weniger positiv war und die Auswirkung des starken Frankens sowie die Schwierigkeiten des Bankensektors widerspiegelte. Im Jahr 2012 nahm das BIP um 1,1% zu. Die meisten Branchen verzeichneten eine Wachstumsverlangsamung. Eine Ausnahme bildeten bestimmte Exportbranchen in der Industrie und die Energieproduktion, die ein deutliches Wachstum aufwiesen. Nachdem die Wertschöpfung während vier Jahren zurückgegangen war, findet der Finanzsektor auf den Wachstumspfad zurück. Auf der Nachfrageseite verzeichnete der Endkonsum der privaten Haushalte ein kräftiges Wachstum, während die Investitionen und der Aussenhandelsaldo leicht anstiegen.

Die Schweizer Wirtschaft registrierte 2013 und 2014 eine Zunahme des BIP um 1,8% bzw. 1,9%. Die Gründe für diese ähnlichen Wachstumsraten sind unterschiedlich. Im Jahr 2013 verbuchten der Dienstleistungssektor und insbesondere der Finanzsektor die stärksten Wertschöpfungssteigerungen. Unterstützt wurde dieses Wachstum vom Anstieg der Ausgaben für den Endkonsum und der Investitionen, während der Aussenhandel aufgrund eines Einbruchs der Warenexporte nicht zum Wachstum beitrug. 2014 waren der Aussenhandel und namentlich die Warenbilanz die Haupttriebfedern des Wachstums, während sich der Endkonsum verlangsamte. Auf der Produktionsseite verzeich-

neten die Industrie, das Baugewerbe und die nicht finanziellen Dienstleistungen das kräftigste Wachstum.

Kantonales und regionales BIP

Die regionalen und kantonalen Wirtschaftsleistungen von 2008 bis 2013 zeigten mehrheitlich einen allgemeinen Wiederaufschwung, nachdem im Jahr 2009 aufgrund der Verlangsamung der Weltwirtschaft infolge der Finanzkrise im Jahr 2008 ein Rückgang verzeichnet worden war.

Von 2008 bis 2011 verliefen die kantonalen Wirtschaftsentwicklungen analog zu jener in der gesamten Schweiz. 2009 sank das nationale Wachstum um 2,1%, und auch praktisch alle Kantone verzeichneten einen Rückgang. Das Wallis, der einzige Kanton mit positivem Wachstum, verdankt seine Leistung eher punktuellen Ereignissen als einem zugrunde liegenden Trend. Ähnlich sah es beim Wiederaufschwung von 2010 aus (3,0% für die Schweiz), der alle Kantone betraf: Keine regionale Wirtschaft wies einen Rückgang auf, auch wenn das schwache Wachstum Zürichs (+0,9%) ein Zeichen der Nachwirkungen der Krise im Jahr 2009 war, die die Banken weiterhin zu spüren bekamen. Zu den Kantonen mit dem stärksten Wachstum gehörten Zug mit 9% (Finanzsektor) und Schaffhausen mit 8,8% (nicht finanzielle Dienstleistungen).

Das gesamtschweizerische Wachstum verlangsamte sich 2011 etwas (+1,8%) und die Kantone Genf, Schwyz und Zug verbuchten ein rückläufiges BIP (–0,2%, –0,2% bzw. –1,4%), während Neuenburg mit 9,7% das grösste Wachstum verzeichnete. Die Entwicklungen in diesen Kantonen hatten kantonspezifische Gründe: Die Wirtschaft Neuenburgs wurde von ihrer

Exportindustrie sowie von der guten Position des Finanzsektors angekurbelt, während der Kanton Genf vom Finanzsektor und der Kanton Zug vom Versicherungssektor und dem Handel gebremst wurden.

Aufgrund des fehlenden Aufschwungs nach der Verlangsamung 2011 fiel das Wachstum 2012 bescheiden aus (+1,1%). Dies widerspiegelte sich auch in den kantonalen Leistungen: Einige Kantone, darunter Basel-Landschaft, verzeichneten aufgrund einer Schrumpfung des nicht finanziellen Sektors (Industrie, Baugewerbe und ein Teil des nicht finanziellen Dienstleistungssektors) sowie des Versicherungssektors gar einen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit um 1,3%. Unter den Folgen dieses Rückgangs litten auch die Kantone Obwalden (-0,4%), Solothurn (-0,4%) und Wallis (-0,1%) im nicht finanziellen Sektor (OW und SO) und im Bereich Versicherungen (alle drei Kantone).

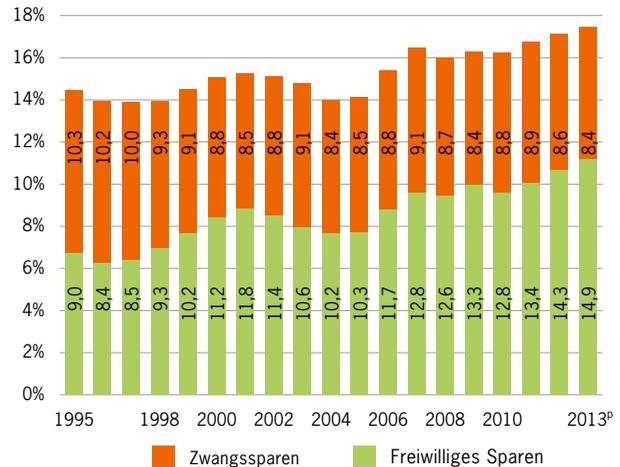
2013 war von einem schweizweiten Aufschwung der Wirtschaftsleistungen geprägt (+1,8%). Sechs Kantone verzeichneten ein Wachstum von rund 3% oder mehr: Zürich und Freiburg (je +2,9%), Nidwalden (+3,1%), Appenzell Ausserrhodens (+3,4%), Zug (+3,7%) und Jura (+3,8%). Der Finanzsektor gilt dabei generell als eine der wesentlichen Triebkräfte des Wachstums 2013. Im nicht finanziellen Sektor legten die Bereiche Industrie und Baugewerbe am stärksten zu.

Auffallend ist die zentrale Rolle der Exportindustrie und des Bausektors in allen kantonalen Volkswirtschaften und in allen untersuchten Jahren. Für die Exportindustrie kann trotz der Tatsache, dass für diesen Bereich keine regionalen Daten vorliegen, die Hypothese aufgestellt werden, dass ihre Stärke für die regionalen Wirtschaftsgefüge in wirtschaftlich guten Zeiten einen An-

Sparquote der privaten Haushalte und POoE¹

G 4.5

Anteile am verfügbaren Bruttoeinkommen



1 Private Organisationen ohne Erwerbscharakter im Dienste der Haushalte

trieb, bei externen Schocks aber auch die Achillesferse darstellt. Der Bausektor ist insofern ein Spezialfall, als dass die Zeitreihe der kantonalen BIP einen Zeitraum mit niedrigen Zinsen abdeckt.

Betrachtet man die durchschnittlichen Anteile der Wirtschaftssektoren an der Wertschöpfung zwischen 2008 und 2013, war in der Hälfte der Schweizer Kantone 70% und mehr der Wertschöpfung dem nicht finanziellen Sektor zuzuschreiben. Um die Bedeutung der nicht finanziellen Dienstleistungen etwas in Relation zu setzen: Ausser im Kanton Zürich (59%) belief sich der Anteil dieses Sektors in allen Kantonen auf 60% oder mehr der Wertschöpfung. In Zürich betrug der Anteil des Finanzsektors an der Wertschöpfung 22% (nationaler Durchschnitt: 10%). Im Kanton Bern übernahm der Sektor Staat diese Rolle mit 19% gegenüber 11% auf gesamtschweizerischer Ebene. Somit unterschieden sich die beiden Kantone in Bezug auf die Wirtschaftsstruktur leicht von den anderen Kantonen. Am anderen Ende dieser Skala befanden sich die Kantone Basel-Stadt, Neuenburg und Schaffhausen, bei denen die Anteile des nicht finanziellen Sektors an der Wertschöpfung 77%, 76% bzw. 78% betragen.

Bei der Interpretation dieser ersten regionalen Schätzungen gilt es eine wichtige Einschränkung zu erwähnen: die beschränkte Anzahl Messjahre (2008 bis 2013). Aus diesem Grund sollte der Blick vorübergehend noch auf die Grundanalysen und die punktuellen Erklärungen betreffend die kantonalen BIP gerichtet bleiben.

Glossar

Fett gedruckter Text verweist auf Begriffe, die an anderer Stelle im Glossar erklärt werden.

Aggregat

Sammelgrösse, die das Ergebnis der (wirtschaftlichen) Tätigkeit einer zusammenhängenden Gruppe von Einheiten misst (Gesamtwirtschaft, Sektor usw.).

Betriebsüberschuss

Saldo des Einkommensentstehungskontos. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die im Rahmen des Produktionsprozesses entstanden sind und die einer Produktionseinheit zur Verfügung stehen.

Bruttoanlageinvestitionen

Nettozugang an Sachanlagen gebietsansässiger Einheiten. Sachanlagen sind bewegliche und unbewegliche Finanzanlagen, die aus Produktionsprozessen hervorgegangen sind und während mindestens eines Jahres für andere Produktionsprozesse verwendet werden.

Bruttoinlandprodukt (BIP)

Das BIP ist ein Mass für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft im Laufe eines Jahres. Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen, soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden – also

die sog. **Wertschöpfung**. Das BIP wird in jeweiligen Preisen und in Vorjahrespreisen errechnet. In Vorjahrespreisen wird die reale Wirtschaftsentwicklung im Zeitablauf frei von Preiseinflüssen dargestellt.

Bruttoinvestitionen

Aggregat aus den **Bruttoanlageinvestitionen**, den Vorratsveränderungen und dem Nettozugang an Wertsachen.

Ersparnis

Saldo des Einkommensverwendungskontos; bezeichnet den Anteil des **verfügbaren Einkommens**, der nicht für den **letzten Verbrauch** verwendet wurde.

Gebietsansässig, gebietsfremd

Kriterium ist, ob eine Einheit einen Interessenschwerpunkt im **Wirtschaftsgebiet** des betrachteten Landes hat oder nicht. Ein Interessenschwerpunkt liegt vor, wenn die Einheit im Wirtschaftsgebiet während mindestens eines Jahres **Transaktionen** durchführt.

Gesamtwirtschaft

Gesamtheit aller **gebietsansässigen** Einheiten im **Wirtschaftsgebiet** eines Landes.

Institutionelle Einheit

Eine **gebietsansässige** Einheit gilt als institutionell, falls sie ein vollständiges Finanz- und Rechnungswesen besitzt und über Entscheidungsfreiheit in ihrer Hauptfunktion (z.B. Produktion oder Verbrauch) verfügt.

Institutioneller Sektor

Gruppe **institutioneller Einheiten** mit ähnlichem wirtschaftlichem Verhalten. Dieses wird meistens anhand der Hauptfunktion bestimmt.

Letzter Verbrauch

Wert der Waren und Dienstleistungen, die zur unmittelbaren Befriedigung individueller und kollektiver menschlicher Bedürfnisse eingesetzt werden. Im Falle der individuellen Bedürfnisse spricht man in der Regel vom Verbrauch der privaten Haushalte. Als kollektiv gelten jene Bedürfnisse, deren Befriedigung sämtlichen Einheiten zugute kommt; wobei sich der Wert der für die einzelnen Einheiten erbrachten Leistungen nicht verlässlich bestimmen lässt. Hier spricht man von Kollektivverbrauch der **öffentlichen Verwaltungen**.

Produktion

Unternehmerisch organisierte wirtschaftliche Tätigkeit zur Herstellung von Waren und Dienstleistungen. Natürliche Prozesse ohne menschliche Einwirkung oder Kontrolle (z.B. Zunahme des Wildtierbestandes) zählen nicht zur Produktion.

Produktivität

Das Verhältnis zwischen einem Produktionsfaktor (Arbeit, Kapital) und einem Mass der Produktionstätigkeit wird als Produktivität des betrachteten Faktors bezeichnet. Anhand dieses Quotienten ist es möglich, die

Effizienz der Nutzung eines Produktionsinputs im Produktionsprozess zu messen.

Die bekanntesten Produktivitätsmasse sind die **Arbeitsproduktivität** und die **Kapitalproduktivität**. Beides sind Teilproduktivitätsmasse. Jeder Produktionsfaktor wird gesondert betrachtet, obschon er nicht allein zur Wertschöpfung beiträgt. Die beiden Produktivitätsmasse dienen unterschiedlichen Analysezielen.

Die **Arbeitsproduktivität** eignet sich besonders gut zur Messung des Lebensstandards eines Landes. Sie ist eng mit dem Begriff des Einkommens verbunden. Man geht davon aus, dass eine erhebliche Steigerung der Arbeitsproduktivität im Laufe der Zeit mittels Umverteilungsprozessen zu einer Erhöhung des Volkseinkommens und des Lebensstandards eines Landes führen.

Die **Kapitalproduktivität** dient dazu, die Effizienz der Investitionen (d.h. ihre Fähigkeit, Wertschöpfung zu erzielen) zu messen. Die Kapitalproduktivität ist nicht zu verwechseln mit dem Kapitalertrag (Rendite). Letztere drückt die Fähigkeit des Kapitals aus, Einkommen (bzw. Gewinn) zu erzielen, während die Kapitalproduktivität die Effizienz des Kapitaleinsatzes im Produktionsprozess widerspiegelt.

Die **Multifaktorproduktivität** ist ein breiter gefasstes Produktivitätsmass als die beiden vorher genannten. Sie berücksichtigt alle Inputs, die in den Produktionsprozess eingehen, und misst die Effizienz ihres kombinierten Einsatzes im Rahmen der Produktionstätigkeit.

Transaktion

Elementare Tätigkeit, die je nach Art und Ziel einer der folgenden Kategorien von Strömen zugeteilt wird: Waren- und Dienstleistungstransaktionen, Verteilungstransaktionen sowie Finanztransaktionen.

Verfügbares Einkommen

Saldo des Kontos der sekundären Einkommensverteilung. **Aggregat** zur Messung des Einkommens, über das eine Einheit für den letzten Verbrauch oder zur Vergrößerung ihrer **Ersparnis** verfügt.

Volkseinkommen

Das Volkseinkommen setzt sich zusammen aus dem Primäreinkommen der privaten Haushalte, dem Einkommen der Kapitalgesellschaften (Nettobetriebsüberschuss und Einkommen aus Vermögen) sowie dem Einkommen der öffentlichen Haushalte (Einkommen aus Vermögen).

Vorleistungen

Wert der Waren und Dienstleistungen, die während der betrachteten Periode verbraucht werden, um andere Waren und Dienstleistungen herzustellen. Die Vorleistungen umfassen somit den für den Produktionsprozess notwendigen Input (Energie, Miete usw.) mit Ausnahme der Entwertung von Sachanlagen, die als Kapitalverbrauch verbucht wird.

Wertschöpfung

Die Wertschöpfung beschreibt den von einer Einheit durch Produktion geschaffenen Wert. In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergibt sie sich aus dem Saldo des Produktionswerts minus die **Vorleistungen**.

Wirtschaftsgebiet

Umfasst: a) das geografische Gebiet, innerhalb dessen sich die Personen, Waren, Dienstleistungen und das Kapital im freien Verkehr befinden; b) die Zollfreigebiete, Zollfreilager und Fabriken unter Zollaufsicht; c) den Luftraum und die Hoheitsgewässer, über die ein Land Hoheitsrechte besitzt; d) die territorialen Enklaven, d.h. die Gebietsteile der übrigen Welt,

die auf Grund internationaler Verträge oder zwischenstaatlicher Vereinbarungen von inländischen staatlichen Stellen genutzt werden (Botschaften, Konsulate, Militär- und Forschungsbasen usw.).

Zahlungsbilanz

Die Zahlungsbilanz erfasst den grenzüberschreitenden Austausch von Waren, Diensten, Arbeits- und Kapitaleinkommen sowie den Kapitalverkehr mit dem Ausland für eine bestimmte Periode. Die Entwicklung und die Struktur der Zahlungsbilanz geben Aufschluss über die ausenwirtschaftlichen Beziehungen eines Landes. Methodische Grundlage für die Zahlungsbilanzstatistik ist das Zahlungsbilanzhandbuch des Internationalen Währungsfonds. Die schweizerische Zahlungsbilanz besteht aus den vier Teilbilanzen Ertragsbilanz, Vermögensübertragungen, Kapitalverkehrsbilanz und Nettoauslandstatus der Nationalbank. In der Zahlungsbilanz wird die statistische Differenz zwischen dem Total der «Einnahmenseite» (Ertragsbilanzeinnahmen und Kapitalimporte) und dem Total der «Ausgabenseite» (Ertragsbilanzausgaben und Kapitalexporte) als Restposten bezeichnet. Die Zahlungsbilanztransaktionen werden zwar grundsätzlich doppelt verbucht, so dass die Zahlungsbilanz im Prinzip rechnerisch ausgeglichen ist. In der Praxis lässt sich dieser Grundsatz jedoch wegen der Vielfalt der ausenwirtschaftlichen Beziehungen und statistischen Quellen nicht vollständig verwirklichen.